

# Auszug aus „Norddeutsche Rundschau“

vom

27.07.2017

## Kellinghusen will Innenstadt aufhübschen

Stadt hat Fördermittel des Landes in Aussicht

**KELLINGHUSEN** Neun Kommunen aus dem Land wollten ins Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und hatten sich an einer ersten Interessenbekundung beteiligt. Sieben davon haben die Hürde geschafft. Darunter auch Kellinghusen. Die Ratsversammlung hat deshalb jetzt beschlossen, einen Antrag auf Aufnahme zustellen. „Wir haben einen positiven Bescheid bekommen. Wir können ins Programm aufgenommen werden, wenn wir es wollen“, sagte der Bauausschussvorsitzende Torsten Struck (BFH) während der Sitzung.

Nach einer ersten Interessenbekundung (wir berichteten) hatte es eine Begehung mit Vertretern des Innenministeriums gegeben. Die Kellinghusener hätten dabei die innerstädtischen Missstände erläutert und die Dinge aufgezeigt, die verbessert werden sollten, betonte Struck.

Das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gibt es seit 2008, bisher wurden im Land 13 Gemeinden und 14 Städte mit Zuschüssen bedacht. Das aktuelle Ausschreibungsverfahren richtet sich an ausgewählte Unterzentren wie Kellinghusen und an Unterzentren mit Teilfunktionen von Mittelzentren im ländlichen

Raum. Förderziel ist es, die Innenstädte wieder zu stärken. Die Mittel können eingesetzt werden „zur Erhaltung und Entwicklung des Gebiets als Standort für Wirtschaft und Kultur sowie als Ort zum Wohnen, Arbeiten und Leben“. Geplant ist eine Drittel-Finanzierung von Bund, Land und Kommune.

Laut Bürgermeister Axel Pietsch gibt es in der Störstadt fünf Bereiche, in denen Fördermittel verwandt werden könnten. Dazu zählten der obere und untere Markt, wo bereits in den 80er Jahre Gelder aus der Städtebauförderung eingesetzt worden seien, die untere Lindenstraße als Eingang Nord in die Innenstadt, die untere Hauptstraße (Ost), die obere Lehmbergstraße (West) und der Störuferbereich. In einem ersten Plan sind in diesen Bereichen Projekte für zehn Millionen Euro aufgelistet worden, um die städtebaulichen Strukturen zu verbessern. „Das heißt aber nicht, dass wir alles umsetzen“, betonte Pietsch. Im übrigen sei das Programm auf 15 bis 20 Jahre angelegt und somit auch ein Projekt „für die nächste Generation von Politikern“. Den Aufnahmebeschluss fasste die Ratsversammlung einstimmig.

Joachim Möller